

Quo vadis, Riesenspeicher? Die Frage eines möglichen Standorts für die geplante Kupferzeller Netzstabilisierungsanlage gehört zu den strittigsten überhaupt.

Visualisierung: Transnet

Zwei Areale sind besonders im Fokus

KUPFERZELL Standort-Suche für den Netzbooster offenbar bereits fortgeschritten – Soll die Anlage womöglich direkt ans Umspannwerk?

Von unserem Redakteur
Christian Nick

Sie ist – neben der Debatte über die Notwendigkeit – die Gretchenfrage: Wo soll der geplante Netzbooster stehen? Nun scheint offenbar: Die möglichen Standorte grenzen sich wohl zunehmend auf zwei Areale östlich des Umspannwerkes ein.

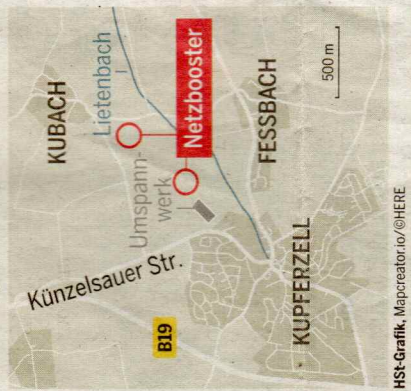
Pläne Bereits vor einiger Zeit hat Transnet ein Grundstück im Lietenbachtal (Flurstück 81) zwischen Kubach und Feßbach als möglichen Standort erworben – die Gemeinde hat nach Votum im Rat indes beschlossen, von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. „Wir haben das getan, um das Projekt zu verhindern“, sagt Bürgermeister Christoph Spieles zur HZ.

Das will das Unternehmen jedoch nicht hinnehmen – und hat Widerspruch gegen die Entscheidung der Verwaltung eingelegt. Konzernsprecherin Annett Urbaczka auf Anfrage unserer Zeitung zur Standort-

Frage: „Die finale Entscheidung erfolgt durch Abwägen festgelegter Kriterien und wird durch die Genehmigungsbehörde getroffen: das Regierungspräsidium Stuttgart.“ Die Transnet-Sprecherin bestätigt aber, dass „in der ersten Märzwoche erste Baugrunduntersuchungen auf Flurstück 81 stattfinden“. Dies sei jedoch „keine Vorfestlegung, sondern Teil der üblichen vorbereitenden Maßnahmen“.

Nachdem Standort eins – Flurstück 81 – womöglich jedoch zur Disposition steht, wird nun bekannt: Möglicherweise könnte der Booster direkt am östlichen Ende des Kupferzeller Umspannwerkes gebaut werden: Nach HZ-Informationen gibt es dort es entsprechende Überlegungen bei Konzern, Gemeinde und Landratsamt. Der angelegte Plan: Die Besitzer der dortigen Flurstücke sollen im Rahmen sogenannter Flächenumlegungen bewegt werden, ihre Grundstücke einzutauschen – exakt gegen Bereiche, die im eingangs erwähnten Grundstück im Lietenbachtal lie-

Mögliche Standorte



HST-Grafik, Mapcreator.io/©HERE

gen, um das sich Gemeinde und Projektkritiker streiten. Dies berichtet eine Quelle, die über intensive Kontakte zu einem betroffenen Besitztum verfügt und unserer Redaktion namentlich bekannt ist.

Sollte der Booster tatsächlich dort seinen Standort finden, befände er sich freilich nur etwa 300 Meter von der Wohnbebauung entfernt. „Ich weiß davon nichts und bin geschockt! Das geht gar nicht“, sagt

Eberhard Kuppler-Olbrich von der Anti-Booster-Bürgerinitiative (BI). Er berichtet: Kommende Woche sei ein Treffen mit der Gemeindeverwaltung anberaumt, um über mögliche Standorte zu sprechen. Kuppler-Olbrich klar: „Das ist eine Missachtung der Bürger.“ Man werde allenfalls einen Standort in der Nähe des Gewerbeparks akzeptieren.

Was sagt die Gemeinde? Bürgermeister Spieles bestätigt auf HZ-Nachfrage: „Ja, es gibt dieses Verfahren.“ Er tue sich aber mit öffentlichen Aussagen schwer: „Die Leute müssen alle noch mit ins Boot geholt werden.“ Der Rathauschef betont: „Wir werden die Standortfrage noch ergebnisoffen diskutieren. Zentrales Gremium bleibt der Arbeitskreis.“ Weil es um sensible Grundstücksfragen gehe, wolle er sich im Vorfeld öffentlich lieber in Zurückhaltung üben.

Prüfung Das Areal im Lietenbachtal, wo Transnet aktuell plant, sei unter anderem wegen der Tatsache, dass das Gewässer immer wieder

über die Ufer trete, aus Sicht seiner Verwaltung nicht geeignet. Und der Standort direkt am Umspannwerk, und damit nahe am Wohngebiet, wo nun womöglich getauscht werden könnte? „Der könnte besser geeignet sein“, sagt Spieles. Man werde aber „feste Kriterien erarbeiten“, die zur Entscheidungsgrundlage gemacht würden. Die Blockade-Politik der Kommune im Lietenbachtal per Vorkaufsrecht ist jedenfalls rechtlich mindestens problematisch: Denn eigentlich darf dieses Instrument nicht eingesetzt werden, um konkrete Projekte zu verhindern.

Die Pressestelle des Landratsamts demotiviert indes Pläne für einen möglichen Flächen-Tausch: „Nein, dies trifft nicht zu“, heißt es von dort auf HZ-Anfrage.

Transnet-Sprecherin Annett Urbaczka zeigt sich unterdessen weiterhin grundsätzlich offen für Alternativen, wenn die Gemeinde ein „geeignetes Grundstück vorschlagen kann oder die Alternativenprüfung im Planfeststellungsverfahren einander Standort festlegt“.